

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875**

29.6.1875 (No. 150)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 29. Juni.

№ 150.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einschlagsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1875.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elbassess und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis, im Großherzogthum Baden, die Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf., in Karlsruhe 3 Mark 50 Pf. Insetionsgebühr 18 Pfennig die gespaltene Petitzeile.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 23. d. Mts. gnädigst geruht, dem Bezirksförster Köhler in Oberweiler die Bezirksforstei Berghausen, dem Bezirksförster Mayerhöffer in Zell a. S. die Bezirksforstei Oberweiler, dem Bezirksförster Köninge in Billingen die Bezirksforstei Gernsbach, dem Bezirksförster Staudinger in Messkirch die Bezirksforstei Billingen und dem Bezirksförster Gockel in Wiesloch die Bezirksforstei Harbheim zu übertragen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Darmstadt, 27. Juni. Der König und die Königin von Sachsen trafen heute Vormittag zum Besuche des Großherzogs hier ein. Der Großherzog war zum Empfange auf dem Bahnhofe anwesend. Der König und die Königin setzten heute Abend ihre Reise nach Karlsruhe fort.

† Brüssel, 27. Juni. Der Strike in Borinage ist beendet. Die Arbeiter sind überall zur Arbeit zurückgekehrt.

† Konstantinopel, 27. Juni. Offiziell wird gemeldet: Die Veröffentlichung des Budgets ist bevorstehend. Dasselbe weist das verhältnismäßig erhebliche Defizit von 5 Millionen Livres auf, welches durch die ausnahmsweise unglücklichen Verhältnisse (Hungernoth, Viehpeste, Ueberschwemmungen) entstanden ist. Zur sofortigen Deckung des Defizits sollen eine Stempelsteuer, eine Patentssteuer und andere Steuern mitwirken. Eine nach der Veröffentlichung der Budgetkommission einzusetzende Permanenzkommission wird das Budgetgleichgewicht überwachen und in Ersparungen und der Entwicklung der Hilfsquellen des Reiches Elemente einer ernstlichen finanziellen Reorganisation suchen. Die Nachricht, daß die Regierung beabsichtige, die Zinsen der Staatsschuld zu reduzieren, ist entschieden unrichtig. Die Regierung hat es stets als eine Ehrensache betrachtet, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und niemals daran gedacht, die Besitzer türkischer Schuldtitel im Geringsten zu schädigen.

### Deutschland.

Karlsruhe, 28. Juni. Ihre Majestäten der König und die Königin von Sachsen sind Sonntag den 27. Abends gegen 10 Uhr von Darmstadt zum Besuche der Großherzoglichen Familie hier eingetroffen. Ihre Majestäten wurden am Bahnhof von Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin begrüßt und von da in das große Schloß geleitet. Ihre Majestäten sind begleitet von der Hofdame Gräfin Einsiedel, dem Oberstallmeister Senfft von Pilsach, dem Flügeladjutanten Oberst Freiherrn von Wald, dem Zeremonienmeister Kammerherrn von Hellborn und dem Flügeladjutanten Major von Winckwig.

Von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog sind Ihren Majestäten zur Dienstleistung beigegeben: der Generalmajor von Bonin, der Oberst Freiherr von Gemmingen und der Kammerherr von Kleiser.

Karlsruhe, 28. Juni. Mit dem heutigen Tag tritt für die Großherzogliche Familie der Beginn eines wichtigen Zeitabschnittes ein. Seine königliche Hoheit der Großherzog beschließt den Gymnasialunterricht mit der vorgeschriebenen Maturitätsprüfung, welche heute ihren Anfang genommen hat und am 5. Juli mit dem mündlichen Examen ihr Ende erreichen wird.

Am 9. Juli, als am 19. Geburtsstag, vollendet der Großherzog sein achtzehntes Lebensjahr und tritt nach Recht und Gesetz in das Alter der Majorität. Dieses für das Großherzogliche Haus so bedeutungsvolle Ereigniß hat Seine Majestät der Deutsche Kaiser mit der Großherzoglichen Familie zu feiern zugesagt und den Allerhöchsten Herrschaften dadurch eine große Freude bereitet.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hat den Zeitpunkt der Majorität des Großherzogs (dessen Gymnasialstudien unmittelbar vor dem Eintritt in die Volljährigkeit ihren Abschluß erhalten haben) dazu ausersehen, Sr. Maj. dem Deutschen Kaiser den Wunsch zu äußern, es möge Höchstdieselbe den Großherzog zum Offizier ernennen und ihn in die Reihen der Armee aufnehmen. Demgemäß hat Se. Kaiserl. Majestät zugestimmt, dem Großherzog zum 9. Juli das Patent als Secondelieutenant einzuhändigen und ihn in

das 1. Badische Leib-Grenadier-Regiment einzutheilen. Der feierliche Eintritt des Großherzogs in dieses Regiment wird nun wohl in Gegenwart des kaiserlichen Großvaters erfolgen.

Der Großherzog begibt sich dann mit Höchstherrn Eltern auf 14 Tage nach Schloß Mainau, um dann, hierher zurückgekehrt, in der 1. Kompagnie des Leib-Grenadier-Regiments den Pflichten des Dienstes sich zu widmen.

\* Berlin, 25. Juni. Die in St. Petersburg versammelte internationale Telegraphenkonferenz debattirte in ihrer achten Sitzung am 18. Juni die Fragen in Betreff der Beförderung der Zeitungs-Korrespondenz in der Nacht, wenn die Linien zum großen Theil von der Beförderung privater Korrespondenz frei sind, und der Fixirung der größten Buchstabenzahl, welche ein Wort bilden dürfe. In Bezug auf die letztere Frage zog die Konferenz besonders den Umstand in Erwägung, daß zur Verminderung der Depeschentkosten häufig in sprachwidriger Weise mehrere Worte künstlich zu einem verbunden werden, und beschloß, als Maximum der Buchstabenanzahl eines Wortes für den telegraphischen Verkehr in Europa 15, für den außereuropäischen Verkehr 10 festzusetzen. Weitere Gegenstände der Verhandlungen in dieser Sitzung bildeten ein Bericht der zweiten Kommission über die obligatorische dienstliche Kontrolle einzelner Theile der zu befördernden Telegramme nebst den Bestimmungen für diese Kontrolle und Anträge Belgiens und Schwedens auf eine gewisse Bevorzugung gegen erhöhte Zahlung aufgegebenen Telegramme.

\* Berlin, 25. Juni. Der Bundesrath hielt heute Mittag 12 Uhr im Reichskanzler-Amte seine nunmehr letzte Plenarsitzung vor der längeren Vertagung unter dem Vorsitz des Präsidenten Delbrück. Nach dem einleitenden Geschäft folgte eine Mittheilung betreffend die Einziehung des Papiergeldes in Preußen, Bayern, Königreich Sachsen und Baden-Schwerin. Daran schloß sich eine sehr eingehende Berathung über den Antrag der Ausschüsse betreffend die Ausführung des § 9 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden; ferner die Schlussabstimmung über die Anträge Lübeds, Bremens und Hamburgs auf Beibehaltung der Handelsgerichte in der deutschen Gerichtsverfassung, von welcher sie nach Beschluß der Reichstags-Justizkommission ausgeschlossen sein sollten. Zur Verhandlung standen ferner mündliche Berichte betreffend die Tarification von groben Schuhwaaren, die bei der Eichung cylindrischer Hohlmaße zulässige Fehlergrenze, über Petitionen und endlich über die Vorlage betreffend die Tagesgelber u. s. w. der Reichs-Eisenbahn-Beamten, sowie den Erlaß von vertragsmäßig festgesetzten Konventionalstrafen. Für den Wiederbeginn der Bundesraths-Arbeiten, welche sich dann vorzugsweise mit den Vorlagen für den nächsten Reichstag zu beschäftigen haben werden, ist, wie bereits gemeldet, die zweite September-Woche, etwa der 10. Sept., in Aussicht genommen. Aus den Verhandlungen des Bundesrathes über die mehrfach erwähnte Unterstützung von 500,000 M. für die Zweite der Welt-Ausstellung zu Philadelphia wird ersichtlich, daß die Reichsregierung durch die wachsende Bedeutung, welche die Ausstellung im Laufe der letzten Monate auch für Europa erlangt hat, von der ursprünglichen Voraussetzung zurückgekommen sei, daß eine Ausstellung in Philadelphia für Deutschland nur ein geringes Interesse darbieten müsse. Nach den jetzt vorliegenden Mittheilungen gedenken zahlreiche europäische Regierungen, die Theilnahme ihrer Staatsangehörigen an der Ausstellung durch erheblich weiter gehende Unterstützungen zu fördern. Oesterreich bewilligt 150,000 fl. in drei Raten zur Vortreibung der Ausstellungs-Kommissions-Ausgaben, für Ausschmückung des Ausstellungslokals, für Jury, Katalog und Bewachung der Ausstellungsgegenstände; davon sind 30,000 fl. zu Spezialsubventionen für die Theilnahme der österreichischen Kunst, 10,000 fl. zu dem gleichen Zweck für die Industrie ausgemorfen. In Schweden sind 400,000 Kronen (450,000 M.) bewilligt; davon sind 51,000 Kronen für die Spezialausstellungen der Regierung bestimmt. Die belgische Regierung hat einen Kredit von 200,000 Fr. für die Ausstellung beantragt. Die französische Regierung beabsichtigt dafür 5-600,000 Fr. aufzuwenden. Die Ausgaben für die Leistungen, welche die britische Regierung zu übernehmen gedenkt, werden auf mindestens 40,000 £. veranschlagt. Endlich hat auch die Schweiz noch in dieser Session der Bundesversammlung die Beantragung eines Kredits aus Bundesmitteln für die Ausstellung zugeagt. Aus diesen Gründen sind Seitens des Deutschen Reichs 500,000 M. zur Unterstützung der Ausstellungs-Kommission in Philadelphia beantragt und bewilligt worden. Der größere Theil der Ausgaben wird erst im nächsten Etatsjahr verrechnet werden. Von der deutschen Ausstellungs-Kommission ist übrigens so eben der Bericht Dr. Wedding hierher selbst beauftragt worden, sich mit den bedeutendsten Hütern derselben in Verbindung zu setzen, um eine würdige Vertretung der deutschen Stahl- und Eisenindustrie auf der Ausstellung vorzubereiten. — Auf Wunsch des Kaisers von Rußland wird bei den bevorstehenden Manövern der russischen Truppen die gesammte preussische Armee durch eine Deputation von Offizieren aller

Grade und Waffen vertreten sein. Die Offiziere müssen am 27. Juni in Warschau eintreffen.

† Berlin, 26. Juni. Das Stadtgericht sprach im Prozeß gegen die Vorsteher der Berliner katholischen Vereine eine definitive Schließung des katholischen Gesellenvereines als politischen, mit auswärtigen Vereinen gleicher Tendenz in Verbindung stehenden Vereins aus und verurtheilte den Geistl. Rath Müller zu 90 Mark Geldstrafe, die anderen Angeklagten, ausgenommen einen, welcher ganz freigesprochen wurde; zu geringeren Geldstrafen. Die polizeiliche Schließung der übrigen katholischen Vereine als nicht politischer wurde aufgehoben.

\* Berlin, 26. Juni. Die wichtigsten Arbeiten des Bundesrathes, welche demselben seit Beginn der neuen Session vor etwa 8 Wochen vorgelegen hatten, sind durch die gestrige Plenarsitzung zum Abschluß gebracht. Zu erledigen bleibt nur noch eine Anzahl von Steuer- und Zollangelegenheiten, welche sogar gestern noch eine Erweiterung erfahren haben, jedoch durch die Ausschüsse ihre Abwicklung finden können. Die letzteren treten ab und zu zusammen, um die laufenden Geschäfte zu besorgen. Die Mehrzahl der nicht in Berlin wohnenden Mitglieder des Bundesrathes verläßt heute oder morgen die Reichshauptstadt. In der gestrigen Sitzung hat die Feststellung der Sätze für die Naturalleistung an die Armee im Frieden noch mehrstündige und lebhaft Debatten hervorgerufen. Es handelte sich hauptsächlich darum, die Sätze mit den in den einzelnen Bundesstaaten verschiedenartigen Anforderungen und Gewohnheiten in Einklang zu bringen und ein festes System zu schaffen, welches man bei den bisherigen Aufstellungen vermisse. Die Angelegenheit wurde schließlich zu allgemeinem Einverständnis gebracht. — Bezüglich des Antrages der Hansestädte um Befürwortung der Beibehaltung der Handelsgerichte in der deutschen Gerichtsverfassung wurde nach vollzogener Modifikation der ursprünglichen Form die vom Justizauschuß beantragte Resolution einstimmig angenommen. — Wir haben bereits mitgetheilt, daß unter dem 20. Mai d. J. ein Vertrag zwischen 17 europäischen und außereuropäischen Staaten zu Paris über Errichtung einer internationalen Institution für metrisches Maß- und Gewichtswesen unterzeichnet worden ist. Hiernach ist in Paris ein ständiges wissenschaftliches und internationales Bureau der Maße und Gewichte zu errichten und zu unterhalten. Die Thätigkeit dieses Bureau's wird von einem aus 13 Mitgliedern zusammengesetzten Komitee überwacht. Das Bureau fertigt die neuen Prototypen aus und bewahrt sie auf, fertigt sämtliche Kopien derselben aus und nimmt periodische Vergleichen vor. Die Kosten der Einrichtung, sowie die Jahresausgaben für Erhaltung des Bureau's werden von den kontrahirenden Staaten nach Verhältnis ihrer Bevölkerungsziffer gedeckt. Nach 12 Jahren steht jedem Staate das Kündigungsrecht des Vertrages zu. Die Kündigung gilt zugleich als Verzicht auf das Mitgeheimnis an den internationalen Prototypen und an dem Bureau. Den beim Vertragsabschluß nicht beteiligten Staaten ist der Beitritt unter gewissen Bedingungen freigestellt. Die auf Deutschland entfallende Kostenrate beläuft sich auf 45,000 M. an einmaligen (Einrichtungs-) Ausgaben und auf 8300 M. an laufenden Beträgen für jedes der nächsten drei Jahre, für spätere Jahre wird eine Ermäßigung dieser Summe auf 5600 M. erwartet.

† Berlin, 27. Juni. Die Brunnenkar des Kaisers in Gens erreicht am Sonntage den 4. Juli ihr Ende. An diesem Tage Mittags begibt sich Se. Majestät zu der Kaiserin nach Koblenz, um daselbst bis zum 7. zu verbleiben. Nach dem schon erwähnten Besuche bei den großherzoglich badischen Herrschaften gedenkt Höchstdieselbe am 13. t. M. von der Insel Mainau auf dem Wege über München nach Salzburg zu reisen, wo das Nachtquartier genommen wird. Am 14. Juli fährt Se. Majestät von Salzburg nach Fischl, um dem Kaiser und der Kaiserin von Oesterreich einen Besuch abzustatten. Der dortige Aufenthalt dauert bis zum 15. Nachmittags, worauf die Rückfahrt nach Salzburg und dann andern Tages die Weiterreise nach Gastein erfolgt. Nach vorläufigen Bestimmungen wird der Kaiser am 13. August von Gastein in Berlin wieder eintreffen. Zum 16. August begibt sich Höchstdieselbe nach Detmold, um der Einweihung des Hermanns-Denkmal's beizuwohnen. — Der Kronprinz wird morgen Vormittag in Begleitung des Chefs der Admiralität, Generals der Infanterie und Staatsministers v. Stosch, sowie mehrerer Offiziere der Admiralität und der Offiziere seines Stabes nach Swinemünde abreisen, um das daselbst vereinigte Übungs-Geschwader zu besichtigen. Morgen Nachmittag, unmittelbar nach dem Eintreffen Sr. Kaiserl. Hoheit findet im Swinemünder Hafen eine Flaggenparade sowie die Inspektion der kleineren Kriegsschiffe statt. Am Dienstag Vormittag 9 Uhr beginnt ein bis Nachmittag 3 Uhr dauerndes Seemannöver des gesammten Geschwaders im Feuer. Nach Beendigung desselben ist auf den Schiffen ein Festdiner. An demjenigen auf dem Admiralitätsschiffe werden der Kronprinz und der Chef der Admiralität, sowie die als Gäste anwesenden Offiziere des nordamerikanischen Geschwaders Theil neh-

men. Mittwoch, den 30. Juni, von Morgens 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis Mittags 12 Uhr sollen auf der Rhede von Swinemünde Landungsmandover ausgeführt werden. Allen Anzeichen nach wird die Zahl der Zuschauer bei diesen Produktionen der Marine eine sehr große sein. Auch von hier aus steht maßstabhafter Besuch für dieselben in Aussicht. Die Verwaltung der Berlin-Stettiner Eisenbahn veranstaltet mehrere Extrazüge, um in Verbindung mit einem Stettiner Dampfschiff-Unternehmer die Schaulustigen von Berlin nach Swinemünde zu führen. — Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen, gedenkt anfangs Juli einen etwa sechswochenlangen Urlaub anzutreten. Zunächst begibt sich derselbe nach der Rheinprovinz, und zwar wahrscheinlich bereits am 1. d. M. Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, reist dieser Tage nach Ems, um dort dem Kaiser Vortrag zu halten. Gegen Ende dieser Woche trifft derselbe wieder in Berlin ein. Anfangs September wird Graf Eulenburg sich auf etwa drei Wochen nach Ostende begeben.

† Bonn, 26. Juni. Kultusminister Dr. Falk besichtigte gestern und heute sämtliche Universitätsinstitute. Gestern Abend wurde demselben von Studenten und Bürgern ein ca. 1000 Faden zählender Fackelzug gebracht; der Minister hielt bei dieser Gelegenheit eine mit großem Beifall ausgenommene Ansprache über die gegenwärtigen Verhältnisse und die Hoffnungen für die Zukunft und wohnte dann einem großen Studentencommerci bei. Der Minister äußerte sich sehr befriedigt über den ihm in dem Rheinlande gewordenen Empfang. Heute Abend erfolgt die Abreise nach Köln.

□ Aus Kurhessen, 26. Juni. Das Polizeigericht in Fulda hat die Angeklagten, welche für gesperrte katholische Geistliche kollektirt hatten, wegen Mangel an Beweismitteln freigesprochen. — Eine Verfügung der k. Regierung zu Kassel vom v. J., daß es in denjenigen früher bayrischen Gemeinden, in welchen die Juden an die dortigen Pfarren ein Neujahresgeld zu entrichten hatten, nach wie vor damit sein Bewenden haben solle, ist durch neuere Verfügung der Ministerien des Innern und des Kultus aufgehoben worden.

\* Straßburg, 27. Juni. Die Mitglieder des Landesauschusses, sofern sie nicht hier in Straßburg domiciliren, haben sich gestern Nachmittag über den heutigen Sonntag in ihre resp. Heimathsorte begeben und wird die Versammlung Dienstags Morgens ihre Thätigkeit wieder aufnehmen. Die „Frankfurter Zeitung“ tritt gegenüber dem erwähnten Hysterieartikel, gegen den sich das „Eis. Journal“ in so kräftiger Weise verwahrt, in ihrer gestrigen Nummer einen sehr kläglichen Rückzug an. Sie behauptet, im Grunde nur dasselbe gesagt zu haben, was auch das „Eis. Journal“ zugibt, und bemerkt dazu noch Einiges über die Gerechtigkeit, in welche die hiesige politische Atmosphäre die Gemüther zu versetzen scheint. So kalten Blutes, wie gewisse Korrespondenten, welche heute den Mephistopheles und morgen mit derselben Unverfrorenheit das Gretchen tragiren, ist hier freilich nicht Jedermann.

† Metz, 27. Juni. Vor einigen Wochen war hier die von den hiesigen Militärbehörden beim Kriegsministerium in Berlin nachgesuchte Genehmigung zur Abtragung eines Theils des zwischen dem deutschen und Chambierethor gelegenen Wall'es eingetroffen. Durch diese Abtragung sollte der enge Steinpanzer, in welchen Metz eingeschlossen ist, wenigstens nach einer Seite hin etwas gelüftet werden; durch Einbrechung des Wall'es und Ausfüllung des Grabens wäre ferner die Möglichkeit gegeben, eine Reihe von Anlagen, die auf dieser Seite der Stadt vollständig fehlen, herzustellen, und damit einem schon zu französischen Zeiten oftmals von der Bevölkerung geäußerten Wunsche zu entsprechen. In Anbetracht, daß vorzugsweise die Stadt ein Interesse an der Ausführung der projektirten Arbeiten habe, beantragte das hiesige Gouvernement, daß die entstehenden Kosten theilweise aus städtischen Mitteln bestritten werden sollten. Der Gemeinderath, welchem der betreffende Antrag vorgelegt wurde, faßte jedoch dieser Tage den Beschluß, demselben keine Folge zu geben, vielmehr jede pekuniäre Mitwirkung der Stadt zu verjagen, da die geschwächten Finanzen derartige Ausgaben nicht erlauben. Die Wiederlegung des Wall'es wird daher wenigstens vorläufig unterbleiben, zumal die Militärbehörde kein näheres Interesse hat, dieselbe vollständig auf eigene Kosten ausführen zu lassen.

München, 26. Juni. (Allg. Ztg.) Der König hat durch Entschliegung vom 12. d. mit der Wirksamkeit vom 1. Aug. l. J., die Auflösung der Garnisonskompagnien Nymphenburg und Königshofen und die Bildung einer Halbbrigade abtheilung bei jedem Armeecorps verfügt, und sind vom kgl. Kriegsministerium die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieser — den Reichs-Militärpensions-Gesetzen entsprechenden — Aenderungen in der Formation der Armee bereits erlassen worden. — Wie man hier vernimmt, wird Papst Pius IX. schon in dem demnächst abzuhaltenden geheimen Konfistorium die Präconisation des für Bamberg ernannten Erzbischofs, Geistl. Rath's Schreiber, vollziehen. Der kgl. Staatsminister Hr. v. Luz wird bis kommenden Mittwoch aus dem Urlaub zurückkehren und sofort die Leitung des Kultusministeriums wieder übernehmen.

† München, 26. Juni. In der Versammlung des Vereins der liberalen Reichsfreunde, welche gestern Abend stattgefunden hat, wurde von den bisherigen Abgg. Wälfert, Dürrschmidt, Graf Rambaldi, Thomas und Henle der Rechenschaftsbericht über die abgelaufene Session erstattet. Auf Antrag des Vorsitzenden Vecchioni wurde darauf beschloffen, den bisherigen Ausschuss als solchen aufzulösen und denselben als Lokal-Wahlkomitee mit dem Rechte der Kooptation zu konstituiren. Vecchioni schloß die Versammlung mit einem Hoch auf Bayern und das Reich.

† Leipzig, 25. Juni. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Ein badißes Bank-

institut in der Form einer Kommandit-Aktiengesellschaft hatte sehr eigenthümliche Bestimmungen in seinem Statut, durch welche die persönlich haftbaren Gesellschafter gewissermaßen zu Beamten der Generalversammlung der Aktionäre gemacht wurden. Der Eine der beiden persönlich haftbaren Gesellschafter hatte sich bei der Buchführung eine sehr tadelnswürdige Nachlässigkeit zu Schulden kommen lassen, weshalb die Generalversammlung dessen Absetzung beschloß. In Uebereinstimmung mit den beiden Vorberichteräten wurde dieser Beschluß für ungültig erklärt. Der persönlich haftende Gesellschafter bleibt, soweit nicht das Statut ausdrücklich ändert, immer noch Repräsentant der Gesellschaft und kann nur wegen grober Pflichtverletzung ausgeschlossen werden. Die persönliche Führung der Bücher gehört aber nicht zu den Obliegenheiten des Chefs eines großen Bankinstituts, also kann Mangel an Fähigkeit oder Pünktlichkeit hierin jedenfalls dann nicht zur Ausschließung genügen, wenn daraus, wie im vorliegenden Falle, kein Verlust für die Gesellschaft entstanden ist. — Die Handlungsgesellen einer Firma weigerten sich, als diese mit Aktien und Passiven durch Kauf in andere Hände überging, unter dem neuen Besitzer fortzudienen, forderten vielmehr vom alten Prinzipal ihren Lohn für die kontraktliche Dienstzeit, weil dieser sie widerrechtlich außer Brod gesetzt habe. Es wurde zwar anerkannt, daß die Handlungsgesellen nicht unter allen Umständen bei einem Wechsel des Inhabers der Firma ihr Engagement aushalten müssen; allein die Klage wurde doch verworfen, weil die Kläger gar keinen Grund angeführt hatten, weshalb sie unter dem neuen Prinzipal nicht mehr dienen wollten, vielmehr dem Anschein nach dieselben nur die gute Gelegenheit benutzen wollten, um sich ihrer Verbindlichkeiten zu entledigen und ein Konkurrenzgeschäft zu errichten.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Juni. Das entschiedene Uebelwollen, mit welchem die Porte, ihren bestimmtesten Zusagen entgegen, dem Anschluß der türkischen und oesterreichischen Eisenbahnen immer neue Hindernisse in den Weg legt, scheint endlich die Geduld Oesterreichs erschöpft zu haben. Wiederholte freundliche Mahnungen haben nichts gefruchtet und so dürfte schon jetzt eine Note auf dem Wege nach Konstantinopel sein, die in dem dort allein verständlichen ersten Ton die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen kategorisch fordert.

Die Kaiserin von Oesterreich wird am 29. Juli auf der Reise in das französische Seebad Casselot Karlsruhe berühren.

Feldkirch, 24. Juni. (Allg. Ztg.) Gestern hat hier im Kollegium der Gesellschaft Jesu die diesjährige Session der hl. Exerzitien für Priester aus den Diözesen Augsburg, Brixen, Freiburg, Rottenburg, Chur, Basel und St. Gallen begonnen. Diese Exerzitienession, geleitet von dem französischen Jesuiten P. Anton Minoux, dauert bis Ende September. Besonders zahlreiche Anmeldungen sind aus dem Deutschen Reich erfolgt.

#### Rumänien.

Bukarest, 26. Juni. Die Bureaux des Senats und der Deputirtenkammer überreichten dem Fürsten die Adressen der beiden Häuser in Verantwortung der Thronrede. Der Fürst sprach seinen Dank aus und hob besonders die fortwährend zwischen der Regierung und der Gesetzgebenden Gewalt herrschende Eintracht hervor.

#### Schweiz.

Bern, 26. Juni. Der Nationalrath hat heute mit großer Majorität beschloffen, 250,000 Fres. als Bundesbeitrag für die Beteiligung der Schweiz an der Welt-Ausstellung in Philadelphia zu bewilligen.

Basel, 26. Juni. Den „Baseler Nachrichten“ wird aus Lausanne vom 26. d. M. gemeldet, daß die Generalversammlung der Schweizer Westbahn eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt hat, welche den Stand der Gesellschaft und die Ursachen für die gegenwärtige prekäre Lage derselben einer Prüfung unterziehen und Vorschläge über Mittel zur Abhilfe machen soll. Für ein finanzielles Arrangement wurden keine Propositionen gemacht.

#### Italien.

Rom, 26. Juni. Senatsitzung. Auf eine bei der Diskussion des definitiven Budgets pro 1875 gestellte Interpellation Cambrey-Dignys, welche Maßregeln die Regierung, den neuen von der Deputirtenkammer bewilligten Ausgaben gegenüber, zur Verhütung eines Defizits zu ergreifen gedenke, erklärt Ministerpräsident Minghetti: Die von der Deputirtenkammer bewilligten, pro 1875 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen betragenden Mehrausgaben würden durch Steuer-mehreinnahmen gedeckt. Für 1876 rechne der Minister auf den Anlehenrückstand bei den Banken, auf die Erneuerung der Steuerverträge und auf Grenz Zollreformen bei dem bevorstehenden Ablauf der Handelsverträge mit Frankreich, Oesterreich und der Schweiz.

#### Frankreich.

Paris, 26. Juni. Mac Mahon, Buffet und Tiffey kamen heute früh in Perpignan an und werden nachmittags in Toulouse eintreffen. Die Bergehörungen in den Niederungen der Garonne sind ungeheuer. Das Wasser sinkt anhaltend.

Paris, 27. Juni. Der Dreißiger-Ausschuss beschäftigte sich gestern mit folgendem Amendement des Hrn. Marcou:

Die beiden Kammern, der Senat und die Deputirtenkammer, sind permanent. Sie treten alljährlich am zweiten Dienstag des Januar zusammen; sie können sich aus eigener Machtvollkommenheit versagen. Während ihrer Abwesenheit hat eine aus den Mitgliedern der beiden Vorstände, zwölf Senatoren und zwölf Abgeordneten, die in geheimer Wahl ernannt werden, bestehende Kommission das Recht, die beiden Kammern in dringenden Fällen einzuberufen. Der Präsident der Republik hat ebenfalls das Recht, die Kammern einzuberufen.

Dieser Antrag wurde ohne Debatte verworfen. Hinsichtlich der Eintheilung der größeren Departements in mehrere Wahlsektionen entschied sich der Ausschuss für einen Vorschlag des Hrn. G. Picard, nach welchem diese Zerlegung für die Departements Platz greifen soll, die mehr als neun Abgeordnete zu wählen haben. Dann nahm der Ausschuss die Frage des imperativen Mandats in Angriff, gelangte aber in derselben noch zu keinem Beschlusse.

Den Blättern wird folgende Note mitgetheilt:

Die Vorstände der drei Gruppen der Linken haben sich heute über die geeigneten Maßregeln zur Beschleunigung der Arbeiten der Nationalversammlung und demnach ihrer Auflösung beraten. Eine Pflicht drängt sich allen auf: es ist dies die Pflicht, die Verhandlungen ohne Hast fortzusetzen und nicht mit Amendements zu belästigen, welche nur dazu dienen können, die Besungen zu verzögern, ohne übrigens die Debatte aufzuklären. Diese Pflicht scheint nicht allseits genügend begriffen zu werden. Es ist daher notwendig, sie, wenn auch nicht aufzuzwingen, so doch im Namen der großen politischen Interessen, deren Schutz den Vätern der Linken obliegt, in Erinnerung zu rufen. Die Vorstände halten den Augenblick für gekommen, in der Frage der Auflösung und mit ihr der Mittel, wie dieselbe herbeizuführen wäre, einen definitiven Entschluß zu fassen. Sie erachten, daß es die Pflicht eines jeden ist, diesem Interesse alles Andere zu opfern, und sie erklären laut, daß sie denjenigen Mitgliedern der Linken, welche eine andere Verhandlungsweise einschlagen, die Verantwortlichkeit überlassen würden, die ihnen vor dem Lande zur Last fielen, wenn sie, ohne Zweifel gegen ihre Absicht, die Auflösung der Nationalversammlung verzögerten. — Laboulaye, Präsident des linken Centrums. — Jules Ferry, Präsident der republikanischen Linken. — Courant Pichat, Präsident der republikanischen Union.

Der Oberbürgermeister von Berlin, Hr. Hoberg, ist hier eingetroffen, um die Gemeindecintrichtungen von Paris zu studiren. Er wurde gestern vom Fürsten Hohenlohe empfangen, der sich bereit, ihn mit dem Seine- und dem Polizeipräsidenten in Verbindung zu setzen.

Toulouse, 26. Juni. Der Marschall Mac Mahon ist heute hier eingetroffen und von den Spitzen der Behörden auf dem Bahnhofe begrüßt worden. Der Maire von Toulouse hielt eine Ansprache, in welcher er dem Marschall-Präsidenten seinen Dank ausdrückte, daß derselbe bei einer so schmerzlichen Gelegenheit hierher gekommen sei, um den Muth der Einwohner wieder zu beleben. Der Marschall Mac Mahon bejahte hierauf die von der Ueberschwemmung am meisten heimgegriffenen Orte und richtete ermutigende Worte an die unglücklichen Bewohner. Die Truppen sind mit dem Aufräumen der Trümmer und mit weiteren Nachforschungen nach den Leichen der Vermissten beschäftigt. Mit den Unterstützungen für die Bevölkerung ist begonnen worden.

#### Ägypten.

Die Wiener „Presse“ vom 24. schreibt: Wie aus Kairo gemeldet wird, beabsichtigt der Khedive, sich schon nächstens mit seinem Minister des Aeußern, Nubar Pascha, nach Konstantinopel zu begeben, um dort durch denselben eine in der Schwere befindliche wichtige diplomatische Angelegenheit ordnen zu lassen. Ueber das Wesen der letzteren erfahren wir aus sicherer Quelle Folgendes: Im Herbst des vorigen Jahres ist ein Schreiben des Khedive an den Sultan eingelangt, worin er demselben seinen festen Entschluß mittheilte, das Königreich Darfur, dessen Beherrscher den Slavenhandel ungemein begünstigte und Ägypten dadurch viele Verlegenheiten und Unannehmlichkeiten bereitete, mit Krieg zu überziehen und wenn möglich dasselbe seinen Staaten gänzlich einzuverleiben. Der Padißchah möge daher seine Einwilligung zu diesem Entschlusse ertheilen. Zugleich stellte der Gesandte des Khedive in Konstantinopel, Ibrahim Bey, dem damaligen Großvezier Hussein Avni Pascha eine Erhöhung des ägyptischen Tributs in Aussicht, falls es seinem Gebieter gelingen sollte, einen Theil Darfurs oder gar das ganze Königreich sich zu unterwerfen. Heute nun, nachdem letzteres der Fall war, fordert die hohe Porte, der Khedive möge das Wort seines Gesandten einlösen und seinen Tribut an seinen Lehnsheern vergrößern oder verdoppeln. Letzterer ist nun auch bereit, von nun an einen größeren Tribut zu entrichten; nur von einer Verdoppelung des bisherigen Tributs will er nichts wissen, indem er behauptet, die Einnahmen aus dem neu eroberten Königreiche gestatteten einen solchen Schritt noch nicht. Zur Schlichtung dieser Angelegenheit wird sich nun der Khedive mit Nubar Pascha nach Konstantinopel begeben.

Alexandrien, 25. Juni. Das Gerücht, daß die ägyptische Regierung die Aufnahme einer neuen Anleihe von 10 Millionen behufs Ausführung öffentlicher Arbeiten beabsichtige, wird offiziell dementirt.

#### Sien.

Mandole, 25. Juni. Der König von Birma hat den Vertrag mit England betreffend die Garantierung der Unabhängigkeit des Territoriums von West-Karrenni unterzeichnet. Die britischen Gesandten reisen noch heute zurück.

#### Brazilien.

Rio de Janeiro, 26. Juni. Das seitherige Ministerium erbat und erhielt seine Entlassung. Im neugebildeten Ministerium hat der Herzog Carias die Präsidenschaft und das Kriegsministerium, Baron Cortegipe das Ministerium des Auswärtigen inne.

#### Badißche Chronik.

Karlsruhe, 25. Juni. Zu Ehren der Anwesenheit Sr. Majestät des Königs von Sachsen erscheint heute die hiesige Garnison nur im Helm in der Strage. Gestern Abend hatte die Nach-richt von der bevorstehenden Ankunft der Sächsischen Majestäten eine zahlreiche Menge am Bahnhof versammelt. Als das sächsische Königs-paar, zu dessen Ehren im Bahnhofe eine Schwadron Dragoner und die Musik des Regiments postirt waren, in Begleitung der Großherzoglichen Herrschaften den bereitstehenden Hof-Galawagen bestieg und nach dem Schlosse fuhr, erlönten aus dem trotz der späten Stunde



